

# Danziger Zeitung.



Nr 10291.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerhagergasse No. 4 und bei allen kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Interessenten für die Petitionen oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1877.

## Deutschland.

Berlin, 11. April. Der Chef der Admirałität v. Stosch hat die Bitte ausgesprochen, daß der Marine-Etat noch in der laufenden Woche erledigt werden möge, da er in der nächsten Woche dienstlich zu verreisen genötigt sei. Die Budget-Commission wird die Berathung des Marine-Etats heute Abend beendigen, so daß derselbe alsbald im Plenum zur Verhandlung gelangen kann. — Durch einen früheren Bundesratsbeschluß ist die Frage, ob und wie weit für den Abschluß von Conventions über das Urheberrecht an Mustern und Modellen auch auf Ausländer die Form von Staatsverträgen und somit die Zustimmung des Bundesrats und Reichstags erforderlich sei, dem Justiz- und Verfassungsausschuß überwiesen worden. Diese Ausschüsse haben die Mitwirkung des Bundesrats und Reichstags für erforderlich erachtet und es ist demgemäß kürzlich dem Bundesrath eine Uebereinkunft zwischen dem Deutschen Reich und Belgien über den gegenseitigen Schutz des Urheberrechts an Mustern und Modellen vorgelegt und den zustehenden Ausschüssen übermittelt worden.

N. Berlin, 11. April. Während die liberale Presse die Frage einer „vollen Vertretung“ des Reichskanzlers, d. h. einer Vertretung, bei welcher zugleich die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit des Reichskanzlers auf den Stellvertreter übergehen würde, mit dem ihr gebührenden Ernst bepricht, hat dieselbe in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ eine Behandlung erfahren, deren Leichtfertigkeit und Gehäufigkeit für den Geist dieses Blattes überaus charakteristisch ist. Die „N. A. Z.“ wirft der liberalen Presse eine „große Wichtigthuerei“, als ob es sich dabei um ein ganz neues Problem für große und kleine Staatsweise handle, vor und ist ihrerseits der Meinung, daß die Stellvertretungs-fammt der Verantwortlichkeitsfrage durch Art. 15 des Reichsverfassung vollauf geregelt sei. Freilich handelt es sich in diesem Artikel lediglich um die Substitutionsbefugnis des Reichskanzlers im Voritz und der Leitung der Geschäfte des Bundesrats. In Betreff einer vollständigen Vertretung des Reichskanzlers in seiner Eigenschaft als verantwortlicher Reichsminister hat die Verfassung für Jeden, der sehen will, eine Lücke. Die „N. A. Z.“ aber leugnet dieselbe ganz und gar und behandelt die auf eine entsprechende Ergänzung der Verfassung gerichteten Wünsche als „Vorleitäten“, denen sie die „sehr ernsten und dringlichen Aufgaben“ des Reichstags gegenüberzustellen für nötig hält. Es ist nicht ohne Interesse, diesem suffisanten Auftreten gegenüber aus der heutigen halbmälichen „Provinzial-Correspondenz“ zu ersehen, daß im Hinblick auf die Meinungslippe und Schwierigkeiten, welche die Regelung einer vollständigen Stellvertretung des Reichskanzlers darbieten könnte, der Kaiser selbst gewünscht hat, der Reichskanzler möge während seines Urlaubs den Zusammenhang mit der Leitung der Reichsgeschäfte nicht absolut aufgeben und namentlich die verfassungsmäßige Gegenzeichnung der kaiserlichen Anordnungen beibehalten.

Für den Aufenthalt des Kaisers in Straßburg werden dafelbst bereits umfassende Vorbereitungen getroffen. Der Kaiser wird dort

am 30. d. M. eintreffen. In Meß wird der Kaiser am Abend des 3. Mai eintreffen und dort 2 Tage verweilen; er wird in der Präfectur sein Absteigequartier nehmen, welche zu diesem Zwecke glänzend hergerichtet wird. Der Kaiser wird in Meß die nun fertig gestellten, vollständig armirten und proviantirten Forts, sowie die umliegenden Schlachtfelder besichtigen, besonders das von Gravelotte. Der Gemeinderath von Meß hat auf die Vorstellung des Bürgermeister-Berwalters von Freyberg zur Instandsetzung des Treppenhause und der Empfangsräume des Stadthauses die erforderliche Summe angewiesen. In Straßburg wird eine Heerschau der Truppen auf dem Polygon stattfinden, auf demselben großen Exercierfelde, auf dem unmittelbar vor Ausbruch des Krieges von 1870 die französische Armee, unter dem Oberbefehl des Marschalls Mac Mahon, ihr Lager aufschlug.

— Bekanntlich stand eine Reform des Beamten-

Wittwenkassenwesens in Aussicht, welche jedoch, wie die „Voss. Ztg.“ hört, wiederum vertagt worden ist, was in der That um so mehr zu bedauern bleibt, als die Reichsbeamten gleichsam eine Anwartschaft auf eine solche Neugestaltung dadurch haben, daß im Reichslande die Fürsorge des Staats für die Hinterbliebenen der Beamten in zeitgemäßer Weise wirksam geworden ist. In Preußen gilt noch heute das vor mehr als 100 Jahren angenommene System, das natürlich im Vergleiche zu dem in anderen deutschen Staaten angenommenen grelle Misverhältnisse zeigt. Bei uns wird der Beitrag zur Wittwenkasse der pensionsberechtigten Beamten, sobald sie sich verheirathen, zwangsläufig herbeigeführt und nur der an chronischen Krankheiten Leidende ausgeschlossen. Die Braut muß sich aber dann der Behörde gegenüber schriftlich verpflichten, nach dem Ableben ihres künftigen Gemahns auf jede Unterstützung aus Staatsmitteln zu verzichten. Dabei ist die Höhe der Beiträge beträchtlich. So muß ein Beamter, der sich im Alter von 37 Jahren mit einem Mädchen von 24 Jahren verheirathet, einen Beitrag von 149 M. 80 Pf. jährlich zahlen. Stirbt der Gemann im ersten Jahre der Versicherung, so erhält die Wittwe nichts, im zweiten Jahre  $\frac{1}{2}$ , im dritten Jahre  $\frac{1}{3}$  und erst vom vierten Jahre ab den vollen Betrag. Die gezahlten Beiträge sind vollständig verloren, wenn die Frau vor dem Manne stirbt. Dagegen erhalten im Reichslande die Wittwen den dritten Theil desselben, was der Mann als Ruhegehalt bezogen haben würde, mindestens 160 bis 1600 M., die Kinder  $\frac{1}{2}$  der Wittwenpension und wenn die Mutter nicht mehr lebt,  $\frac{1}{3}$  der Wittwenpension. Sachsen und Württemberg fügen für Wittwen und Waifen der Beamten gleichfalls gut, in Bayern erhält die Wittwe, ohne daß der Mann Beiträge zu leisten braucht,  $\frac{1}{2}$  des Gehalts beziehungsweise Ruhegehalts des Mannes, jedes Kind  $\frac{1}{3}$  der Wittwenpension. Die Nachtheile des preußischen Systems sind zu augenfällig, als daß sie noch näherer Begründung bedürften, und sie sind ja von der Staatsregierung selbst anerkannt worden. Sollten finanzielle Bedenken einer gründlichen Neu-gestaltung entgegenstehen?

— Die Errichtung eigener elsässisch-lothringscher Regimenter, welche man schon bei den in Gegenwart des Kaisers im vorigen Jahre bei Weissenburg abgehaltenen großen Cavallerie-

Manövern erwartet hatte, scheint nunmehr wohl, in Verbindung mit dem bevorstehenden kaiserlichen Besuch der Reichslande, vollzogen zu werden.

— Nach einer Mittheilung der „Allg. Milit. Ztg.“ wäre die Ausrüstung der gesammten deutschen Linien-Cavallerie, mit einziger Ausnahme der Kürassier-Regimenter, mit dem neuen Carabiner M. 71 nunmehr bewirt und der aptite Chassepot-Carabiner M. 66 außer Gebrauch. Für den vollkommenen Abschluß der neuen Ausrüstung fehlt nur die Entscheidung über die Schußwaffe der Kürassiere und der Chargen der anderen Cavallerie-Waffengattungen. Für die beiden bayerischen Kürassier-Regimenter ist die Ausrüstung ebenfalls mit Carabinern verfügt, und es könnte daher sein, daß auch die übrigen deutschen Kürassier- und schweren Reiter-Regimenter dieselbe Schußwaffen-ausrüstung erhalten.

\* Der Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten verhandelte heute über die Anklage gegen den Weihbischof und Domherrn Janiszewski in Posen wegen wiederholten Widerstands gegen die Maigesetze. Der Angeklagte war nicht erschienen, hatte aber einen schriftlichen Protest gegen die Kompetenz der Maigesetze eingeschickt. Der öffentliche Ankläger beantragte Amtsenthebung. Das Urteil wird Sonnabend publicirt werden.

Myslowitz, 9. April. Durch die nun schon seit 3 Monaten andauernde Grenzsperrre gegen Polen und Österreich haben Handel und Verkehr in unserer Stadt eine bei den ohnehin drückenden Zeitverhältnissen doppelt empfindliche Schädigung erlitten. Der hiesige Kaufmännische Verein hat daher unter Hinweis auf den Umstand, daß seit längerer Zeit schon keine Fälle von Kinderpest mehr vorgekommen sein sollen, den Magistrat mit dem Esuchen angegangen, bei der Regierung die Aufhebung der Sperrre zu beantragen. Um einen solchen Antrag event. motivieren zu können, ist der Thierarzt Schmidt aufgefordert worden, behufs Feststellung der Frage, ob die Seuche in der That bereits erloschen sei, in dem benachbarten Polen Recherchen anzustellen.

Aus Westfalen. Die Notabeln-Versammlung zur Beratung über das Landschafts-project hat am 5. April vorgestern in Münster unter dem Vorsitz des Ministers Dr. Friedenthal stattgefunden und einen Abschluß gefunden, der in den beteiligten Kreisen allgemeine Befriedigung hervorgerufen hat. Es nahmen an der Versammlung 115 Vertreter der Landwirtschaft, darunter 5 Landräthe und als Director des landwirtschaftlichen Hauptvereins Münster auch der Abgeordnete v. Schorlemer-Alst, 16 Vertreter der höheren Verwaltungsbehörden und 3 Notabeln für Handel und Industrie Theil. Wie man wohl annehmen darf, im Namen, wenn auch nicht im Auftrage der Angehörigen der letzteren mit der Landwirtschaft rivalisierenden Verbraukten, trat in der Conferenz als Opponent der Vorsitzende der Bielefelder Handelskammer auf, dem sich mehrere Verwaltungs-männer anschlossen. Sämtliche Landwirthe da gegen sprachen sich mit Entschiedenheit für das geplante Creditinstitut aus. Die Gegner desselben führen als Hauptargument in das Feld, daß es den Sparfassen eine gefährliche Concurrenz machen würde. Aber mit Recht wird dem entgegengehalten, daß eine derartige Beeinträchtigung als unheilvol-

leineswegs betrachtet werden dürfe, weil die so genannten Sparfassen sich bei uns ebenso wie am Rhein längst über ihren wahren Zweck hinaus zu rei en in Finanzinstanzen entwickelt haben. Zu dieser Auffassung bekannte sich auch der Ober-präsident v. Kühlwetter, der früher als der Hauptgegner des Projectes betrachtet wurde, nun aber erklärte, daß die Conferenz wesentlich zur Hebung der von ihm gehegten Bedenken beigetragen habe. Der Minister schloß die Verhandlungen mit der Bemerkung: „daß der mündliche Meinungs-austausch unzweifelhaft dazu gedient habe, die Gegenstände auszugleichen und die wirtschaftlichen Vortheile einer Landschaft für Westfalen zur allgemeinen Anerkennung zu bringen. Er habe in diesen Verhandlungen eine wünschenswerthe Grundlage für die Förderung und baldige Realisirung des Projectes gefunden.“ Demnach kann man annehmen, daß unseren Landwirthen die Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche nicht versagt werden wird.

Osnabrück. Ein neuer Beweis, daß die Kriegervereine zu politischen Zwecken benutzt werden, liegt in folgendem Schriftstück vor, welches ein Wähler, von dem bekannt war, daß er bei der letzten Reichstagswahl für den Candidaten der sogenannten „christlich-conservativen“ Partei agitiert hatte, erhalten hat: „Osnabrück, 4. April 1877. An den Herren X. Der Vorstand sieht sich veranlaßt, Ihnen zu eröffnen, daß er Ihnen wegen Ihres Verhaltens bei den letzten Wahlen nicht mehr das Recht einräumen darf, Mitglied des Kriegervereins zu sein resp. es wieder zu werden. Nach Auffassung des Vorstandes sind die Bestrebungen der gegnerischen Partei, an denen Sie sich thätig beteiligt haben, als reichsfeindlich aufzufassen und konnte Ihnen diese Auffassung auf seine Weise unbekannt sein. Sie werden deshalb erachtet, daß in Ihrem Besitz befindliche Gewehr dem Vereinsdienst Jung zu überliefern. Sollten Sie sich bei der Entscheidung des Vorstandes nicht beruhigen wollen, steht Ihnen eine Berufung an die Generalversammlung des Kriegervereins frei. Im Auftrage des Vorstandes. M. Böttger, Präs.“

Stuttgart, 9. April. Der Staats-Anzeiger veröffentlicht das Ergebnis von Erhebungen über die öffentlichen Bauten in Württemberg, welche aus Anlaß von Klagen über die angebliche Arbeitslosigkeit angestellt sind. Darauf bieten beispielweise die Eisenbahnbauten so reiche Gelegenheit zur Arbeit, daß die inländischen Arbeitskräfte nicht ausreichen. Rechte man dazu noch den seitherigen Mangel an landwirtschaftlichen Dienstboten und Arbeitern, so stelle sich heraus, daß die erwähnten Klagen im Allgemeinen grundlos seien. Die Löhne entsprechen den Lebensmittelpreisen.

Kassel, 8. April. Eine Reihe verurtheilender Erkenntnisse des hiesigen Obertribunals gegen die wegen unbesugter Bannahme von Amtshandlungen angeklagten abgesetzten Pastoren wurde bekanntlich deshalb cassiert, weil den Angeklagten die Eigenschaft von Geistlichen nicht abgelehnt und das geistliche Amt nicht für ein öffentliches im Sinne des § 132 des Str.-G.-B. erklärt wurde. Dagegen ist in einzelnen Fällen, je nach dem Sach-verhalte, in der Abhaltung von Hausgottesdienst — Die Fürstin von Hanau, welche bekanntlich

## Stadt-Theater.

\* Das Gastspiel des Herrn Sontag brachte gestern „Die relegirten Studenten“ von Benedix, eins der letzten Stücke dieses Schriftstellers, bei dem er zwei der besten Motive seiner früheren Lustspiele noch einmal benutzt: erstens den Humor des akademischen Burschentums, der ihm in seinem „Langen Israel“ die Bühne eroberte, und der in vielen andern Stücken, z. B. in dem „Gefängniß“ fortlingt, und zweitens die höchst ungemütliche innere Abneigung naher Verwandten, die sich unter scheinbarer Bärlichkeit verbirgt. In der Partie des Reinhold Kronau kommen alle Vorzüge des Sontag'schen Talents zur trefflichsten Wirkung. Er spielt die Rolle mit dem frischesten Humor, brau, ehrlich, mit männlicher Heiterkeit und warmer Empfindung, so naturwahr, daß man das wirkliche Leben vor sich zu sehen glaubt. Das Stück ist schon in dieser Saison gezeigt und an dieser Stelle besprochen worden. Die Damen Bernhardt (Kontadine), Gottschalk (Hedwig), Riechenbach (Emma), Seebach (Fr. Kronau), Müller (Fr. Hirschbach) und die Herren A. Ellmenreich (Kronau), Müller (Hirschbach), Kaps (Tannenheim) und Böttch (Justizrat) zeigten auch gestern wieder, daß unser Lustspielenjahr zur Zeit nichts zu wünschen übrig läßt. Neu besetzt waren Born und Lindened. Den Ersteren hatte gestern hr. L. Ellmenreich, der sonst den Reinhold und zwar vortrefflich spielt, übernommen, wodurch die gesammte Darstellung nur gewonnen hatte. Mit dem schüchternen „Blümchen“ Lindened fand sich hr. Walter ganz erträglich ab. — In der darauf folgenden Wiederholung des Schwankes „Immer zu Hause“ erregte das urkomische Spiel des Hrn. Sontag als Rentier Spürlein wieder allgemeine Heiterkeit.

## \* Vorträge der Frau Lina Schneider.

„Die neuere deutsche Lyrik“ war als Gegenstand des 3. Vortrages, den Frau Schneider am Mittwoch hielt, bezeichnet. Die Einrichtung des Ganzen war dieselbe wie bei dem 2. Vortrage, d. h. es wurde eine größere Anzahl z. Th. längerer

Gedichte frei aus dem Gedächtniß vorgetragen, zur Einleitung aber und zur Verbindung der einzelnen Declamationen wurden einige literarhistorische Bemerkungen gegeben. Nicht also war der Zweck des Vortrages die Charakteristik einzelner Dichter oder gewisser Richtungen der modernen Lyrik, so daß die Gedichte nur als Illustration hinzugefügt und nur diesem Zweck entprechend ausgewählt gewesen wären, sondern umgekehrt, die Gedichte waren nach ihrer Wirkung für die Recitation gewählt, und was über Dichtung und moderne Lyrik gesagt wurde, war nur der äußere Rahmen für die Dichtungsbilder. Frau Schneider überrascht durch ihr außerordentliches Gedächtniß, das einen so umfangreichen Stoff, wie die an einem Abend vorgetragenen Gedichte, völlig sicher umfaßt. Die Eigenthümlichkeit ihrer Declamationsweise haben wir schon hervorgehoben; dieselbe ist für den Ausdruck zarter und weicher Empfindungen besonders geeignet. Daher gelangen die Stimmungsbilder aus dem Familienleben, wie „die junge Mutter“ von Anette v. Droste-Hülshoff, das Gedicht von Ernst Nitterhaus aus den Erinnerungen eines Greises und Ähnliches am Besten, ferner das Gedicht von Fr. Halm („das Glöckchen von Enniger“ — wenn wir richtig verstehen). Das Grausige, worauf es bei Hebbel's „Haideknaben“ abgesehen ist, wird sich vielleicht nur durch männliche Recitation erreichen lassen. Das Freiligrath'sche „O lieb, so lang Du lieben kannst“ mit seiner schönen Einfachheit und Tiefe der Empfindung verträgt weder Pathos, noch Sentimentalität. Recht wirkungsvoll durch dramatische Belebtheit war der Vortrag des Saphir'schen, das Wörtchen: „Na!“, obgleich wir weder dieses Gedicht an dieser Stelle, noch Saphir als einen der deutschen Lyriker vermuthet hätten.

Außer den genannten Dichtern waren noch Felix und Therese Dahn, Hermann Grieben (auf Freiligrath's Tod) und ein holländischer Dichter vertreten, dessen inniges, wie wohl sehr trauriges Gedicht „Wenn unsere Kinder groß sind“ in der sehr wohl klingenden Übersetzung der Rednerin selbst uns gegeben wurde.

Soweit die Recitation. Was aber die literarhistorische Beigabe betrifft, so bot sie des Überraschenden viel. Die neuere Lyrik zerfällt nach der Rednerin in drei Perioden, von denen die erste, die romantisches (subjective) die Zeit vom Jahre 1820 bis zu Goethe's Tode (1), die zweite, die realistische (politische), die Zeit von dort bis zum Jahre 1848 umfaßt. Die dritte, welche von dort bis auf die Gegenwart geht, wurde charakterisiert als die „Rückkehr zur Kunst“. Die Rednerin begann dann mit Leopold Schefer, dem Verfasser des „Laienbreviers“, von dem sie einige charakteristische Merkmale heraus hob und recitirte dann zum Belege — ein Gedicht von Friedrich v. Sallet aus dessen „Laien-evangelium“. (Die Pharisäer fragten, Thoren gleich). Da beide Dichter trotz ihrer großen formalen Verschiedenheit immerhin Geistesverwandte sind, so ist durch diesen kleinen Irrthum wohl kein Schaden gestiftet. Weiter wurde von den österreichischen Dichtern gesprochen, wobei man an Lenau, Grün, Meissner, Beck, Grillparzer, Halm, Seidl, Vogl denken konnte, aber schwerlich an den Norddeutschen Hebbel und an den durch und durch Berlinerischen Saphir, der überhaupt nicht mit deutschen Dichtern in einer Reihe genannt werden sollte. Felix Dahn — der Verfasser des „König Roderich“, des Kampfes gegen Rom u. s. w. — wurde gelegentlich als Muster der Enthaltsameit von der Tendenzpoesie angeführt. Von den „Wupperthalern Dichtern“ wurde als wahrscheinlich vorausgesetzt, daß sie hier bei uns gänzlich unbekannt seien, während sich doch in allen Anthologien Sachen von Schults, Siebel, Stelter, Röber zu finden pflegen und Nitterhaus sogar zu den Sängern der „Gartenlaube“ gehört.

Wir glauben, die Recitationen würden ohne literarhistorische Beigaben wertvoller sein.

## \* Streiflichter auf die serbischen Zustände. I.

(Aus den Mittheilungen eines deutschen Offiziers.)

Der Friedensschluß überraschte uns sechs Stunden vor Ablauf des Waffenstillstandes in den

Verschanzungen an der Drina, Gewehr bei Fuß, zu Allem bereit. Noch in den letzten Tagen des Waffenstillstandes hatte ich mich auf ausdrücklichen Befehl des Kriegsministers vorhin begeben. Die betreffende Ordre lautete: Alle Fremden haben innerhalb 24 Stunden Belgrad zu verlassen und entweder zu ihren respectiven Corps an der Grenze oder überhaupt aus Serbien abzureisen. Das war klar und doch unverständlich. Mir blieb der Befehl lange räthselhaft. Warum an die Grenze gehen? Federmann hielt den Frieden für gefährdet. Dem war zwar nicht so, wie wir gleich sehen werden; aber wenn auch der Krieg wieder beginnen sollte, so rechtigte das nicht den Befehl, auch nicht seine Form — uns gegenüber, die wir meist ohne serbischen Sold dienten. Später, nach unserer Rückkehr von der Excursion in's Blaue, die für Manchen eine Reise von 6—8 Tagen bei fühlhohem Schnee und bitterer Kälte gewesen war, sollten wir den Zusammhang erfahren.

Erstens der offizielle Grund jener Ordre: Es war die Annahme des Friedens durch die Skupschina durchaus nicht so zweifelsohne, als man allgemein vermutet und die Regierung selbst vor der Wahl angenommen hatte. Bei ihrer Ankunft in Belgrad erwies sich unter den Deputirten eine Majorität von 20 bis 25 Stimmen für die Fortsetzung des Krieges. Das Ministerium, bemüht um jeden Preis seinen Fall zu vermeiden und hier noch obenein in seiner eigenen Politik bestärkt, änderte seine neue Friedensstiftung. Die in Konstantinopel stipulierten Friedensbedingungen sollten verworfen werden, die schon fertige Thronrede ward umgearbeitet und die Truppen erhielten Ordres, sich schlagbereit zu halten. Aber am vorletzten Tage des Waffenstillstandes bei der Konstituierung der Skupschina ergab sich, daß die Friedenspartei unerwartet thätig gewesen war und die ursprüngliche Majorität für den Krieg sich in solche für den Frieden verwandelt hatte. Darauf in der Nacht nochmals Ministerrat, Wiederhovorfragen der ersten Thronrede — und der Friede ward ratifiziert.

Dies der offizielle Grund unserer plötzlichen Marschordre. Anders der offizielle, die Erklä-

sich im Genusse eines nicht unbeträchtlichen Grundbesitzes in Kassel befindet, hat jüngst wieder einige Anstrengungen gemacht, um ihr neben dem Regierungsgebäude belegenes Palais, für welches ihr schon einmal vom Fiscus, ehe der Bau eines besonderen Justizpalastes auf den Ruinen der Rattenburg beschlossen war, die Summe von 180.000 Thlrn. geboten worden, an den Staat zu veräußern. Die Regierung soll sich indes nun mehr durchaus ablehnend verhalten haben. In Folge dessen giebt sich die fürstliche Hauseigentümmerin wie jeder andere Hausherr Mühe, wenigstens einige Miether für die verlassenen Räume zu gewinnen.

### Schweiz.

Bern, 8. April. Der Bundesrat hat soeben zum Gesetz über den Erwerb des schweizerischen Bürgerrechtes eine Vollziehungsverordnung erlassen, die auch für deutsche Leser von Interesse ist. Bekanntlich hat der Ausländer, um das Bürgerrecht zu erwerben, sich zunächst an den Bundesrat um eine Bewilligung zur Erlangung des Cantonsbürgerechtes zu wenden. Diese Bewilligung wird den Deutschen nur dann erteilt, wenn sie von den competenten Behörden der betreffenden Staaten eine Entlassungsurkunde beibringen. Im Uebrigen gilt auch für sie die Bestimmung, daß voraussichtlich aus ihrer Aufnahme der Eidgenossenschaft keine Nachtheile erwachsen. Den Holländern und Belgieren werden keine Bedingungen gestellt, sie besitzen das vollste Freizügigkeitsrecht. Bei den Österreichern, Franzosen und Italienern fallen die Militärverhältnisse in Betracht, sie müssen sich entsprechend den bisherigen Erfahrungen und den abgeschlossenen Verträgen unter allen Umständen über die Erfüllung ihrer militärischen Pflichten ausweisen.

### Frankreich.

+++ Paris, 11. April. In den ultramontanen Blättern kann man jetzt täglich lesen, daß Simon gefürstzt wird, es handelt sich nur noch darum, ob dieses Ereigniß noch vor dem Wiederzusammentritt der Kammern oder bald nach demselben stattfinden soll. Der Minister-Präsident ist liberal und was kann von den Liberalen Gutes kommen! sagen diese Blätter, was kann man von einem Manne erwarten, der die Einheit Italiens als vollendete Thatstache ansieht! Die neuen Ministerlisten, in denen natürlich der Herzog von Broglie als Ministerpräsident fungirt, sind auch schon angefertigt. Die Clericalen gehen mit größerer Recht vor als jemals vorher. So lassen sie jetzt in Paris und in ganz Frankreich die nachfolgende Petition unterzeichnen, in welcher der Präsident der Republik und die Kammern ersucht werden, für den Papst gegen Italien einzutreten. Die Petition ist an seine Excellenz den Marschall Mac Mahon, Präsidenten der Republik, die Herren Senatoren und die Herren Deputirten gerichtet und lautet also: „Die Worte der päpstlichen Ansprache vom 12. März d. J. haben in den katholischen Herzen einen schmerzlichen Widerhall gefunden; sie stellen die Gefahren, welche der Kirche drohen, in das grösste Licht. Der souveräne, seiner weltlichen Macht beraubte Papst sieht täglich neue Hindernisse sich gezen seine Regierung der allgemeinen Kirche erheben, und die Befürchtung liegt nahe, daß durch die Ausführung förmlich von der italienischen Regierung ergriphener Maßregeln und in Folge von Maßnahmen, die noch ergriphnen werden können, es dem heiligen Vater bald ganz unmöglich gemacht werden wird, seine Verbindung mit der katholischen Welt aufrecht zu halten. In Anbetracht der so ernsten Lage, in welcher sich das Papstthum, der Mittelpunkt ihrer religiösen Einheit und die Bürgschaft der Unantastbarkeit ihres Glaubens befindet, haben die unterzeichneten französischen und katholischen Bürger die Pflicht, ihre Zuflucht zu Ihnen zu nehmen. Sie verlangen von Ihnen, daß Sie alle Ihnen zu Gebot stehenden Mittel anwenden, um der Unabhängigkeit des heiligen Vaters gebührende Achtung zu verschaffen, seine Regierung sicher zu stellen und den Katholiken Frankreichs den unumgänglich nothwendigen Genuss einer Freiheit zu sichern, die ihnen theurer ist als alle andere, nämlich der Freiheit ihres Gewissens und ihres Glaubens!“ Selbst „l'Univers“ hält es heute für nothwendig, einige begütigende Worte dem Abdruck dieses Documentes vorauszugeben.

schicken. Wie sich die Regierung dieser Bewegung gegenüber, welche man in Frankreich zu Gunsten der weltlichen Herrschaft des Papstes gegen das befreundete Italien hervorruft, verhalten wird, läßt sich um so weniger voraussehen, als die Ultramontanen hoffen, daß das gegenwärtige Cabinet mit allen diesen Fragen gar nichts mehr zu schaffen haben wird, da Buffet, Broglie und Genossen in den Marschall dringen, noch vor dem Wiederzusammentritt der Kammern das Cabinet Jules Simon zu befeitigen. Sollte dies Bemühen fehlschlagen, so wollen sie dem Cabinet durch den Senat, in welchem sie vollständig Herr sind, eine Niederlage bereiten. — Gewissermaßen als Gegendemonstration gegen den Einspruch, den der Justizminister gegen eine Vorlesung erhoben hatte, welche hr. Cissey, der Bruder des Generals und früheren Kriegsministers, in der Kapelle des Corpus Domini in Angers über die Heilighaltung des Sonntags halten wollte, hat der Bischof von Angers, der bekannte Elässer Msgr. Freppel, der abwesend war, als die Vorlesung stattfinden sollte, ein Schreiben an den Justizminister gerichtet, worin er gegen diese „Willkürmaßregel“ Protest einlegt und erklärt, daß er, wenn er in seinem Bischofsstuhl anwesend gewesen wäre, einen solchen Eingriff in die Rechte des Episcopats nicht geduldet haben würde.

### Italien.

Rom, 8. April. König Victor Emanuel hat vorgestern in Neapel dem Prinzen Carl und der Prinzessin Elisabeth von Preußen im Hotel du Louvre einen Besuch abgestattet, den ihm die hohen Herrschaften gegen 12 Uhr Mittags im Residenzschloß erwiderten. Auch der Minister-Präsident ist gestern Abend nach Neapel gereist, um heute über wichtige Staatsangelegenheiten Vortrag zu halten. — Der französische Minister Jules Simon weilt zur Zeit in Pisa und wird dieser Tage mit dem General Gialdini daselbst eine Vorbesprechung wegen des Abschlusses eines Handelsvertrages abhalten. Jules Simon hat es absichtlich vermieden, sich nach Rom zu begeben, angeblich, weil seine jetzt so aufgeriegelten clericalen Landsleute daraus hätten Veranlassung nehmen können, ihm Verlegenheiten zu bereiten. — Im Interesse einer sparsameren Verwaltung hat Depretis jetzt eine Commission eingefest, welche Vorschläge zur Verminderung des bei den verschiedenen Ministerien angestellten Beamtenheeres machen soll. Paternoster ist zum Präsidenten dieses Ausschusses ernannt und hat u. A. vorgeschlagen, das Wäge- und Mess-Bureau im Handelsministerium aufzuheben und den Provinzialbehörden es zu überlassen, darüber zu wachen, daß Wäge- und Mess-Instrumente geachtet werden. Damit ist der Anfang zur Beseitigung der kostspieligen und schwierigen italienischen Verwaltung gemacht, an deren Aenderung die Consorten gar nicht dachten, weil sie das Beamtenheer als Stummheerde benutzten. — Gestern ging in Rom wieder einmal das Gerücht, Pius IX. sei gestorben. Es war unbegründet, obgleich Personen, die ihn in den letzten Tagen gesehen, versicherten, daß ihn der Tod nun bald ereilen werde, denn er kann nicht mehr aufrecht stehen, wenn ihn nicht zwei Personen auf beiden Seiten halten, er ist abgemagert wie ein Skelett. Dennoch sind seine geistigen Kräfte noch immer ungeschwächt, er soll sogar dem Staatssekretär persönlich aufgetragen haben, sich in Berlin zu erkundigen, ob wirklich die deutsche Reichsregierung die Auslieferung des Cardinal Ledochowsky von der italienischen Regierung verlangt habe. — Die französischen Vorsteher der neu gegründeten katholischen Bank haben dem Papst vorgeschlagen, er soll ihnen die Verwaltung des Peterspfennigs übertragen, ein Vorschlag, der sämtliche Monsignori des Vaticans, welche aus dem betreffenden Fonds ihr Gehalt beziehen, beunruhigt hat, umso mehr, als große bei andern katholischen Banken deponiert gewesene Summen des Peterspfennigs von deren Verwaltung veruntreut sind. Der Papst selbst soll übrigens das Ansinnen jener Herren bereits zurückgewiesen haben. Nach Kenntnißnahme der päpstlichen Allocation vom 12. März soll Graf Chambord dem Pontifex geschrieben, ihm Trost zugesprochen, aber auch erklärt haben, er werde vorläufig aus Rücksichten gegen sein Vaterland nicht nach Rom pilgern, um ihm seine Huldigung darzubringen, vielleicht wür-

den die Verhältnisse erlauben, daß er später, im Juni käme. Die andern französischen Pilger werden schon am 23. d. M. ihre Reise hierher antreten und am 5. Mai im Vatican empfangen werden. — Die Kaiserin Eugenie hat mit ihrem Sohne gestern Florenz verlassen; beide sind mit Gefolge nach Pisa gereist, wo sie sich getrennt haben. Die Kaiserin ist nach Civitavecchia gefahren und wird sich von da nach Neapel begeben und sich nach Spanien einschiffen. Prinz Louis ist mit seinem Gefolge nach La Spezia gereist, um sich den dortigen Hafen und das Arsenal anzusehen.

— 10. April. Nach einem Telegramm hat der Nuntius Meglia in Folge der Auflösung des Pariser katholischen Comités eine Unterrednung mit dem Herzog Decazes gehabt und hierauf an den Cardinal Simeoni Bericht erstattet. Derselbe hat im Auftrage des Papstes den Nuntius angewiesen, das Pariser Comité und die französischen katholischen Comités überhaupt aufzufordern, ihre Haltung derart einzurichten, daß sie der Regierung keine Verlegenheiten bereiten. — Auf eine Frage des Papstes, ob einige suspendierte Arbeiten auch ohne Concilsausspruch zur Entscheidung gebracht werden könnten, erwiderte die Concils-Congregation: Wenn es sich um Dogmen handle, könne von keinem Lehrsatz abgängen werden; doch stände dem Papste die Decretirung neuer Normen frei, dieweil er in Glaubenssachen unfehlbar.

### England.

○ London, 10. April. Die sämtlichen aus Konstantinopel hier einlaufenden Zeitungs-Telegramme sprechen von dem beworthebenden Erlaß eines Rundschreibens, in welchem einzelne Theile des Protocols beanstandet werden, desgleichen von der Weigerung des Sultans, einen Special-Bevollmächtigten nach Petersburg zu schicken, es sei denn, daß Russland ebenfalls einen Special-Bevollmächtigten nach Konstantinopel schickt und das Versprechen giebt, Montenegro zur Annahme der von der Türkei proponirten Friedensbedingungen zu bewegen.

### Russland.

Petersburg, 9. April. Die Kaiserin hat aus ihrer Privatschatulle 50.000 Rubel zu Gunsten der Serben nothleidenden Bulgaren absenden lassen. General-Consul Karzow in Belgrad hat die Vertheilung der Gelder zu besorgen. — Der neue Leiter des Ministeriums des Innern Fürst Cabanow-Rastowski hat gleich nach seinem Amtsantritte die Zusammensetzung einer Commission angeordnet, welche über die Ursachen der seit 1. November 1876 vorgefallenen Eisenbahn-Unfälle, deren Zahl sich auf sechzehn beläuft, eingehend zu berichten hat.

\* In Rischny Nowgorod wird vom 1. bis 20. September d. J. eine landwirtschaftliche Ausstellung abgehalten werden, wobei die Concurrent ausländischer Fabrikanten von Maschinen und Gerätshäfen sehr gewünscht wird. Erfahrungsmäßig ist der Bedarf der russischen Landwirthe, denen zur Bewirtschaftung ihrer oft colossalen Besitzungen fast nirgends genügende Arbeitskräfte zu Gebote stehen, an Maschinen ein geradezu erstaunlicher, und derselbe vermehrt sich außerordentlich. Die Einfuhr an landwirtschaftlichen Maschinen bewegt sich in Werthen, die nach Millionen zählen. Auf der letzten Warschauer Ausstellung 1874 wurden fast alle ausgestellten Maschinen verkauft.

### Türkei.

P. O. Konstantinopel, 6. April. Man versichert, Edhem Pascha und zwei andere Minister seien dafür, daß mit der Politik des Widerstandes, welche den Schiffbruch der Conferenz und aller anderen Pacification-Versuche herbeigesühlt habe, gebrochen werde, die Stimmen des Großvoziers und seiner Meiningägen offenbart aber nicht die Majorität. Letztere ist für die Schwäche ausgelegt worden. Da gleichzeitig sehr unliebsame Berichte über den Stand der Unterhandlungen zwischen der Türkei und Montenegro und über fortgesetzte Truppenverschiebungen Russlands sowohl wie der Pforte vorliegen, so ist es erklärlich, wenn die Hoffnungen auf Erhaltung des Friedens seitens der Presse, sowie sämtlicher politischer Kreise ganz bedeutend gesunken sind. — Die Mahnungen Gladstone's und James' scheinen die Citygilden, denen ein freiwilliges Opfer denn doch besser zu sein scheint als die Aussicht auf eine Reform von Parlamentswegen, etwas in Bewegung gesetzt zu haben. Die Gildenvorstände haben demnach die Gründung einer größeren Bildungsanstalt für die Kinder Londoner Geschäftstreibender in Aussicht genommen. — In Willesden, einem Dorfe in Middlesex County, ist am Sonnabend die Rinderpest und zwar in sehr bedenklicher Form ausgebrochen. Etwa ein Dutzend Kühe, die zu einer großen Molkerei gehören, wurden stark besudet und mußten sofort getötet werden. Leider hatte es dabei nicht sein Bewenden. Die Sanitäts-Beamten mußten gestern eine weitere Anzahl Kühe als gefährlich erkannt töten lassen, und werden vielleicht gezwungen sein, den gesamten Viehstand daselbst zu vernichten, da in einem Umkreise von etwa 3 Meilen um jenes Dorf nicht weniger als 2-3000 Kühe gehalten werden, die London mit Milch versorgen. — Die Tichborne-Demonstration, welche Dr. Kenealy am Ostermontag im Hyde-Park veranstaltet hat, scheint berufen zu sein durch ein Vorhaben in den Schatten gestellt zu werden, das von einem Herrn Morgan vorbereitet wird, welcher mit Dr. Kenealy in ent-

ständigen Gehältern wurden ausgezahlt. Als ich Belgrad verließ, waren dort noch hunderte von Offizieren und Tausende von Freiwilligen, die Morgens ihr Tagewerk damit begannen, das Kriegsministerium zu belagern und die Consulate zu stürmen, um Abends stets mit einem: „Bitte, morgen, meine Herren!“ oder „Bei Gott, wir können nichts thun, es sind keine Doktaten da!“ abgepeist zu werden.

### \*\* Die Lage in Dänemark.

Die gegenwärtige Wendung der Dinge in Dänemark scheint wirklich auf die Staatskrise hinauszulaufen, die man schon mehrmals und in immer verstärktem Maße, zuletzt im vorigen Jahre, nahegelegt glaubte.

Der überaus unerquickliche Kampf der Linken gegen die Regierung dauert, genau genommen, nun schon ins 13. Jahr, ohne daß dadurch die Gegenseite einem Austrage irgendwie näher gebracht worden wären. Die Opposition der Mehrheit des Folkethings dreht sich ausgesprochenermaßen weit weniger um bestimmte sachliche Punkte, als sie vieler mehr in erster Linie darauf abzielt, Männer der Linken endlich ans Ruder zu bringen. Um diesen Preis hat letztere schon mehrmals und noch kürzlich Punkte aufzugeben sich bereit gezeigt, auf denen sie bis dahin hartnäckig bestanden. Dieser mit großer Starrheit, ohne Berücksichtigung höherer staatlicher Gesichtspunkte, fortgesetzte Widerstand vermag nicht das Interesse zu erwecken wie sonstige konstitutionelle Kämpfe; er weist jedoch einige lehrreiche Erfahrungen allgemeiner Art auf, und ist bemerkenswerth als ein Ausflug der Unbefriedigung über den Zustand des Landes seit Verlust der deutschen Herzogtümer, in welchen es sich noch nicht recht zu schicken verstand.

Doch der Friede blieb. Serbien war gezwungen, seine fremden Truppen aufzulösen, selbst die eigenen bedeutend zu reduzieren. Es regnete Entlassungsaufse und Demissionen, aber — es regnete keine Reisegelder; nicht einmal die rück-

die rechte Sympathie zu bewahren. Es war dieses Folkething aus den Wahlen vom 25. April v. J. noch viel oppositioneller hervorgegangen als sein Vorgänger, das am 29. März v. J. wegen Misbilligung der Regierungsvorläufe in der Landesverteidigungsfrage aufgelöste Thing; es hatte daher, wenngleich es nun wenigstens zur Genehmigung der Vorlage wegen Anschaffung neuer Feldkanonen kam, die ungeänderten Befestigungsanlagen ebenfalls abgewiesen und, unter Hinweis auf den Ausfall der Wahlen, in welchen der Wunsch nach Aenderung des Regierungssystems zu erblicken sei, dem Ministerium ein Misstrauensvotum erteilt, worauf die am 15. Mai v. J. begonnene Session, welche bloß den Landesverteidigungsfragen gewidmet war, am 24. Juni v. J. unfruchtbare geendet hatte.

Diese Fragen, welche die Regierung, namentlich seit 1871, in ihrem Sinne dringend zu erledigen unabhängig trachtet, und von denen sie, trotz aller Abneigung des Folkethings, aus höheren Staatsrücksichten im Wesentlichen nicht lassen zu dürfen glaubt, weil sie aufs innigste mit einer bestimmten Auffassung über Dänemarks ganze neuere Weltstellung zusammenhängen, waren dann in der am 2. Oct. v. J. begonnenen Reichstagsession vorerst bei Seite gestellt; allein nun waren es wieder andere Dinge, in denen der Widerstreit mit vermehrter Heftigkeit spielte. Schon bei der ersten Berathung des Etats für 1877/78 erfuhr das Ministerium die stärksten Angriffe; es wurde garnicht beachtet, daß es in einigen Etatspunkten Wünschen des Folkethings nachgekommen war; sein Verbleiben im Amte trotz der Misstrauens-Eklärung desjenigen Things, welches sich als Vertreter des Volkswillens für das entscheidende anfahrt, wurde ihm als Misshandlung des leichten vergeworfen; mit Berachtung wurde die Zumuthung zurückgewiesen, jetzt im Budget einen Theil der außerordentlichen Kosten für Befestigungs-Anstalten bewilligen zu sollen, die als besondere Vorlage wiederholt abgelehnt waren; mit Zähigkeit wurde endlich auf dem schon 1875 und 1876 ge-

stellten Begehren bestanden, daß die Befestigungs-Anstalten, zu denen man sich allenfalls entschließen könnte, auf eine zu Lasten der Wohlhabenden einzuführende Vermögenssteuer begründet würden.

Gegen dieses Verhalten des Folkethings läßt sich formell wenig einwenden; es hat eben in den Landesverteidigungs- und in den Finanzfragen seine besondere Ansicht und es hat auch den Anspruch, als Volksvertretung vollauf beachtet zu werden; man kann sogar sehr verschiedener Ansicht sein, ob sich eine Vermehrung der Flotte, eine Verstärkung der vorhan denen oder die Anlegung neuer Seebefestigungen und einer Marinestation am Agerlöfunde, wie die Regierung es wollte, empfiehlt; es hängt dies eben mit den sehr discutibaren Vorstellungen über die Gefahren zusammen, denen Dänemark in bewegten Zeiten ausgesetzt sein könnte; allein das Folkething hat sich in Leidenschaft verleiten lassen, Gesetzesentwürfe ohne sonderliche Prüfung, rein deshalb zu verwerfen, weil sie von einem Ministerium herrührten, das durchaus zu verdrängen es sich nun einmal vorgesetzt hatte. Was soll man dazu sagen, wenn ein gerade unter Berücksichtigung von Wünschen des Folkethings vorgelegter Entwurf wegen Aufhebung des Salzolls und Heraufsetzung des Zolls auf Kaffee, wenn ferner eine Vorlage zur Ausführung der vom Folkething angeregten Zulage für die Volksschullehrer und noch andere Vorlagen gegen alle Gewohnheit und Höflichkeit gleich bei der ersten Berathung abgewiesen sind. Eine derartige Auffassung des Abgeordnetenmandates war bisher höchstens bei den Kammern Griechenlands und Rumäniens vorgekommen. Und diese Haltung hat dann das Thing nicht einmal streng durchgeführt; zwischendurch hat es eine Reihe kleiner Vorlagen genehmigt, bis es am 14. November v. J. die gesetzlich vorgeschriebene Revision des Haargesetzes von 1867 wieder brüsker Weise mit der Erklärung besiegte, es sei notwendig, die Täuschung des Ministeriums, daß es etwas durchführen könne, zu beseitigen.

Die brennende Streitfrage gab lethargisch

im Großvezirat möglich, und die Frage der Zurückberufung Midhat Pascha's hat in diesen letzten Tagen, wo die Wogen der politischen Bewegung wieder so hoch zu gehen begannen, eine ziemlich greifbare Gestalt angenommen. Es ist auch wahrscheinlich, daß man die Protokoll-Frage nicht nur dem Parlamente unterbreiten, sondern auch gleichzeitig wieder einen solchen außerordentlichen großen Rath wie jenen einberufen werde, welcher die Vorschläge der Konferenz verworfen hat. Alle diese Scenerien werden ihre Bedeutung haben. Die Consequenz der Weigerung der Pforte, sich dem Protokolle zu unterwerfen, wird ohne Zweifel den Krieg sein. Die Türken geben sich in dieser Beziehung keiner Illusion hin und weniger denn je fürchten sie heute den Krieg mit Russland. Sie ziehen es vor, jetzt, wo sie vorbereitet sind, ihr Glück auf die Probe zu stellen und verschmähen es, sich auf irgend welche Verkleisterung einzulassen, welche in einer mehr oder weniger nahen Zukunft doch zum Kriege führen wird. Sie wünschen den Krieg und sie werden denselben mit Enthusiasmus führen. In den Departements des Krieges, der Marine und der Artillerie herrscht neuerlich eine fieberhafte Thätigkeit, um die Rüstung des Landes zu vervollständigen und die Lücken auszufüllen, welche bei den Armen an der Donau und in Anatolien noch existieren. Dabei vergibt man nicht die Macht, welche Montenegro und die wieder auflebende Insurrection in den slavischen Provinzen in Schach zu halten bestimmt ist. Inmitten aller dieser Verwicklungen setzt die Deputirtenkammer langsam, aber beharrlich ihre Arbeiten fort. Nach der Bevathung des Vilajets-Gesetzes, dessen zweite Lesung morgen erfolgt, kommen die Gesetze über das Gemeindewesen und die Reorganisation der Gerichte. Die christlichen Deputirten wollen bei der zweiten Lesung des Vilajets-Gesetzes die Artikel desselben bekämpfen, welche den Muselmännern die Majorität in den Administrations-Räthen einräumen. Die Debatte verspricht sehr interessant zu werden, weil die zu gewärtigenden Reden der Christen heftige Repliken der Mohammedaner vorrücken werden.

\* Ueber die türkischen Kriegs-Vorbereitungen in Anatolien schreibt man aus Batum, 27. März: Die Vertheidigungsarbeiten und militärischen Vorbereitungen, deren Tempo sich durch einige Zeit etwas verlangsamt hat, sind von Neuem mit aller Energie aufgenommen worden. Die Ankunft frischer Truppen bringt wieder reges Leben in unseren Hafen, woselbst im Augeblick die Transportschiffe "Medjidie", "Egger-Djedit" und "Batum" Truppen an's Land legen, während zwei andere Kriegsschiffe Pferde, Munition und Kruppsche Kanonen verschieden Kalibers ausladen. Niemand giebt sich mehr einer Täuschung über diese Wiederaufnahme der Vorbereitungen hin und höhere Offiziere versichern, daß der Beginn der Feindlichkeit jeden Augenblick zu erwarten sei. Welchen Ausgang dieser ebenso gefürchtete, als von Allen ersehnte Krieg nehmen werde, läßt sich nicht vorher sagen; aber es muß konstatirt werden, daß derselbe einer der populärsten bei den Türken sein wird, deren Begierde, sich den Russen entgegen zu werfen, sich immer aufälliger fundiert. Offiziere wie Soldaten sind von einem einzigen Bunde beseelt, Krieg zu führen gegen die Russen, diese "Giaurs par excellence". Es wird noch immer an den VertheidigungsWerken der Stadt gearbeitet, die bis auf einige hält ausgefüllte Lücken fast vollendet sind. Wo man sich hinwendet, fällt der Blick auf prächtige Krupps, deren Schlüsse nach allen Richtungen starren. Die Artilleristen werden täglich unter der Leitung geschickter Offiziere eingetüpfelt, unter welchen vor Allen die europäischen Offiziere, Polen, Ungarn und Engländer, hervorragen. Die Civilbehörden ihrerseits sind ohne Unterlass thätig, um soviel als möglich die, theils zur See, theils zu Lande in großen Quantitäten einlangenden Mundooräthe in Magazine einzulagern. Alle der Grenze entlang stützen und militärisch dem Hauptquartier Batum unterstehenden Ortschaften sind zur Stunde in Vertheidigungs Zustand gesetzt und mit starken Garnisonen versehen. Es mögen hier nur zwei derselben, Tschuruk-Su und Sivri-Hazri, ausführlicher erwähnt werden. Sivri-Hazri, dessen

Budget ab. In den Verhandlungen hierüber trat am 16. und 20. Dezember v. J. der ganze politische Gegensatz hervor und das Folkething wies im Januar d. J. das Schulgesetz und andere Vorlagen wieder mit solchen Eigenheiten ohne Weiteres ab, daß der Glaube an seine Unbefangenheit selbst in den Punkten leidet, in welchen es mit seinem Tadel des Ministeriums mehr Recht zu haben scheint, z. B. bezüglich starker Benachtheilung des Staates durch Verlauf eines Grundstückes, und daß auch die am 5. Februar d. J. beschlossene Anfrage früherer Minister wegen Überschreitung der Baumsumme für ein Theater mehr als Parteiact erscheint.

Den wiederholten Misstrauensklärungen gegenüber hält sich das Ministerium Estrup im Amte, um den "Uebergriffen und Missbräuchen" des Folkethings entgegenzutreten. Diese glaubt die Regierung in den Versuchen der Erstickung eines Ministeriums von ganz bestimmter Richtung erblicken zu müssen. Einen Wechsel des Ministeriums infolge dieser Streitigkeiten hat der König schon am 14. Juli 1875 eintreten lassen, als Graf Holstein durch Fomersbach, und am 14. Juli 1876, als dieser durch Estrup ersetzt wurde. Weiterhin jedoch der fortwährenden Negirung der Volksvertretung nachzugeben, scheint die Regierung als Beeinträchtigung der königlichen Autorität, des Rechts der freien Ministerwahl auffassen zu müssen. Der gestiegerte Trotz des Folkethings hat unleugbar etwas Provocirendes und die Führer der Linken haben gradeau ausgesprochen, daß ein Zwang bezüglich der Ministerwechsel ausgetüpfelt ist.

Der sich breit machende Radicalismus ist eine Ruhé, welche sich die Regierung durch ihr früheres Buhlen um Begünstigung der Giderpolitik durch die Massen aufgebunden hat. Dies und die alles beherrschende Landesvertheidigungsfrage bilden die leidigen Folgen, mit welchen Dänemark jetzt wegen seiner einzigen Tyrannisführung deutscher Länder gestrafft wird. Das lasse man nicht außer Acht, wenn nächstens die hellen Flammen der Staatskrise die traurige Lage des Inselreiches beleuchten!

Commandant Mustafa Rifaat Pascha ist, liegt in der Nähe der russischen Grenze, am Rande der prachtvollen Ebene von Tschuruk-Su. Gegen Nord-Ost wird die Ortschaft durch fünf Anhöhen geschützt, die ihr als natürliche Wälle dienen. Diese Höhen hat der türkische Generalstab befestigt und dadurch uneinnehmbar gemacht. Am Fuße dieser Höhen breitet sich bis in unabsehbare Ferne das Lager der Armee aus, welches sich bis Tschuruk-Su erstreckt. Ueberall sieht man die Reihen der Zelte, inzwischen sich kreuzende, exercirende oder recognoscirende Schwadronen, zahlreiche Gruppen von Arbeitern und Soldaten, die mit der Anlage neuer VertheidigungsWerke beschäftigt sind, lange Böge mit Lebensmitteln und Munition, welche sich von einer Ortschaft zur anderen bewegen. — Die durch den Generalstab bewerkstelligten Strafanlagen erleichtern die Communicationen sehr, und zahlreiche Telegraphenbureaux vermittelten den einzelnen Commandanten die Befehle. Auf diese Weise sind alle occupirten Punkte in directe Verbindung mit dem Hauptquartier gesetzt. Was die Befestigungen von Tschuruk-Su betrifft, so stehen dieselben den Befestigungen der anderen strategisch wichtigen Grenzpunkte nicht nach. Nach einer Inspectionsreise des Ober-Commandanten von Batum wurde die Ausführung neuer Befestigungsarbeiten auf den sogenannten Höhen von Djé-Hanghir begeschlossen. Das hiezu notwendige Material und die erforderlichen Genie-Offiziere zur Leitung der entsprechenden Arbeiten sind bereits dahin abgegangen, die Arbeiten sind in vollem Zuge innerhalb vierzehn Tagen sollen diese Befestigungen vollendet sein.

### Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 12. April. Der Reichstag genehmigte in fortgesetzter zweiter Lesung des Gesetzes das Kapitel über Wechselseitigkeit. Aus der darauf folgenden, nicht zu Ende geführten Berathung des Post- und Telegraphenats ist hervorzuheben, daß der Generalpostmeister dem Abg. Schröder gegenüber erklärte, die Frage wegen der Wiederherstellung einer ersten Telegraphenzone mit dem Satz von 3 Pfennigen pro Wort sei bereits geprüft, bedürfe aber vor der endgültigen Beschlusssfassung noch weiterer Erhebungen, und daß ferner der Generalpostmeister die Herabsetzung des Zeitungstarifs von vorgängigen Verhandlungen mit Bayern und Württemberg abhängig mache.

### Danzig, 13. April.

\* Es ist schon verschiedentlich beklagt worden, daß die Zufuhr von Seefischen nicht in den für die Preisverhältnisse der Lebensmittel und den Consument wünschenswerten Quantitäten erfolge, und man hat hier und da u. a. auch die Frachtfäße der Eisenbahnen als Ursachen dafür bezeichnet. Es ist deshalb nach dieser Richtung hin von Bedeutung, daß, wie die "Post" hört, jetzt vom Handelsminister ein Ausnahmetarif für die Beförderung von frischen Seefischen mit Personen zu gen. bewilligt ist, und zwar bei Aufgabe von mindestens 2000 Kilogramm mit einem Frachtbriefe zu 50 Proc. der Frachtguttagen; bei Aufgabe in geringeren Quantitäten zu 75 Proc. der Frachtguttagen. Die gedachte Verkehrserleichterung wird jedenfalls bei den unter Staatsverwaltung stehenden Eisenbahnen auf alle Jahreszeiten ausgedehnt werden.

\* [Schwurgericht.] Nach mehr als 3 stündiger Beratung erklärten gestern Nachmittags die Geschworenen in dem Blum-Lyderschen Bankerottprozeß 1) den Isidor Blum des betrügerischen Bankerotts, des Meinedes und der Wechselseitigkeit im vollen Umfange der Anklage mit mehr als 7 Stimmen für schuldig, verneinten auch bei der Bankerottfrage die milbernden Umstände, wogegen sie dieselben bei der Wechselseitigkeit 2) den Meyer Leyde des betrügerischen Bankerotts wie des Meinedes nicht schuldig, dagegen schuldig des einfachen Bankerotts; 3) den Victor Blum mit 7 gegen 5 Stimmen der Beginnstellung und Theilnahme am betrügerischen Bankerott, jedoch unter milbernden Umständen, schuldig; ebenso 4) den Jacob Lebrecht der Betriebsfassung von Vermögensobjekten mit 7 gegen 5 Stimmen schuldig. Der Gerichtshof, welcher hiernach bezüglich der beiden letzten Angeklagten die endgültige Entscheidung hatte, trat in Betreff des Victor Blum der Majorität, in Betreff des Lebrecht der Minorität der Geschworenen bei, erklärte also den

Regierung vor, die Kluft zwischen den Things vergrößert zu haben. Der gemeinsame Ausschuß der beiden Things konnte keine Einigung erzielen; das Ministerium kam zwar in Betreff der Mehrheit der constitutionellen Streitpunkte entgegen, aber als das Folkething am 20. v. Mts. den Rücktritt des Ministeriums als Bedingung stellte, lehnte sich der Stolz aller conservativen Elemente gegen diesen Schritt auf, der ihnen, nach allem bisherigen, als völlige Unterwerfung des Königtums und des Landsthings unter eine Allgewalt des demokratischen Folkethings erscheint. Das Ministerium schien am 1. d. M. durch die Vorlage wegen Verlängerung der Steuererhebung bis zum 15. d. M. die Absicht eines neuen Einigungsvorschlags anzudeuten, es ist aber rasch davon zurückgekommen und der am 4. d. M. erfolgte Schluß des Reichstags muß bis zum 15. d. M. ein einseitig erlasses provvisorisches Budget zur Folge haben, also den Fall, den die Männer der Linken am 17. v. M. als Verfassungsbuch bezeichnet haben und in ihrer offenen Ansprache vom 7. d. M. wiederholt als solchen hinstellen.

Wir sind der Meinung, daß es beiderseits nicht klug war, die Dinge so auf die Spitze zu treiben. Einerseits hat die Regierung in der That keine Ursache, so unverbrüchlich an ihren Plänen bezüglich der besten Art der zu treffenden Landesvertheidigungsanstalten zu hängen; andererseits mußte das Folkething wissen, daß sein Verfahren die ganze constitutionelle Entwicklung unvorsichtig gefährdet und eine pessimistische Berechnung sich als unpolitisch bitter rächen muß.

Der sich breit machende Radicalismus ist eine Ruhé, welche sich die Regierung durch ihr früheres Buhlen um Begünstigung der Giderpolitik durch die Massen aufgebunden hat. Dies und die alles beherrschende Landesvertheidigungsfrage bilden die leidigen Folgen, mit welchen Dänemark jetzt wegen seiner einzigen Tyrannisführung deutscher Länder gestrafft wird. Wenn der massenhafte Anbau der Zuckerrüben zur Spiritusfabrikation so gewinnbringend wäre, so ließe sich auch jetzt bei der Raumsteuer davon Gebrauch machen, da es gar nicht so große technische Schwierigkeiten bietet, die Rüben zu der

Blum schuldig, Lebrecht nicht schuldig. Somit wurden verurtheilt: Isidor Blum mit Rücksicht auf sein Kastenamt zu 4 Jahren Buchhaus und Ehreverlust, Leyde wegen fahrlässigen Bankerotts zu 6 Monaten Gefängnis, Victor Blum zu 1 Jahr Gefängnis, Jacob Lebrecht wurde freigesprochen und sofort in Freiheit gesetzt. Ein Antrag des Vertheidigers, auch Leyde und Victor Blum einzuweilen der Haft zu entlassen, wurde vom Gerichtshofe abgelehnt. Erst gegen 8 Uhr erreichte die Verhandlung dieses Falles ihren Abschluß. Es folgte in den Abendstunden derselben noch eine unerhebliche Anklagefache wegen Verbrechens gegen die Sittlichkeit wider den Arbeiter Valentin Goyke aus Tzernian, welche in geheimer Sitzung verhandelt wurde, weshalb wir die selbe übergeben.

\* Der hiesige Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung für die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Güttland den Pfarrer Gottgetren in Rambelisch und für die ebenfalls durch Tod erledigte evangelische Pfarrstelle zu Löblau den Pfarrer Nebe zu Bonneberg erwählt. Es werden somit die Pfarrstellen zu Rambelisch und Bonneberg nunmehr vacant.

\* Ueber die Verhandlungen des letzten hier stattgehabten Kreistages ist noch nachzuholen, daß an Stelle des aus dem Kreisausschuss freiwillig ausgeschiedenen Hrn. Rittergutsbesitzer Heyer-Golchin Dr. Gutsbesitzer Carl Wessel-Stüblau zum Kreisausschusmitglied erwählt wurde, daß ferner bei Feststellung des Stats für 1877 beschlossen wurde, von 1878 ab auch für die Kreis-Verwaltung das Etat für die Ausführung neuer Befestigungsarbeiten auf den sogenannten Höhen von Djé-Hanghir be-

schlossen. Das hiezu notwendige Material und die erforderlichen Genie-Offiziere zur Leitung der entsprechenden Arbeiten sind bereits dahin abgegangen, die Arbeiten sind in vollem Zuge in Gang gesetzt.

\* Ueber die Verhandlungen des letzten hier stattgehabten Kreistages ist noch nachzuholen,

dass an Stelle des aus dem Kreisausschuss freiwillig ausgeschiedenen Hrn. Rittergutsbesitzer Heyer-Golchin Dr. Gutsbesitzer Carl Wessel-Stüblau zum Kreisausschusmitglied erwählt wurde, daß ferner bei Feststellung des Stats für 1877 beschlossen wurde, von 1878 ab auch für die Kreis-Verwaltung das Etat für die Ausführung neuer Befestigungsarbeiten auf den sogenannten Höhen von Djé-Hanghir be-

schlossen. Das hiezu notwendige Material und die erforderlichen Genie-Offiziere zur Leitung der entsprechenden Arbeiten sind bereits dahin abgegangen, die Arbeiten sind in vollem Zuge in Gang gesetzt.

\* Ueber die Verhandlungen des letzten hier stattgehabten Kreistages ist noch nachzuholen,

dass an Stelle des aus dem Kreisausschuss freiwillig ausgeschiedenen Hrn. Rittergutsbesitzer Heyer-Golchin Dr. Gutsbesitzer Carl Wessel-Stüblau zum Kreisausschusmitglied erwählt wurde, daß ferner bei Feststellung des Stats für 1877 beschlossen wurde, von 1878 ab auch für die Kreis-Verwaltung das Etat für die Ausführung neuer Befestigungsarbeiten auf den sogenannten Höhen von Djé-Hanghir be-

schlossen. Das hiezu notwendige Material und die erforderlichen Genie-Offiziere zur Leitung der entsprechenden Arbeiten sind bereits dahin abgegangen, die Arbeiten sind in vollem Zuge in Gang gesetzt.

\* Ueber die Verhandlungen des letzten hier stattgehabten Kreistages ist noch nachzuholen,

dass an Stelle des aus dem Kreisausschuss freiwillig ausgeschiedenen Hrn. Rittergutsbesitzer Heyer-Golchin Dr. Gutsbesitzer Carl Wessel-Stüblau zum Kreisausschusmitglied erwählt wurde, daß ferner bei Feststellung des Stats für 1877 beschlossen wurde, von 1878 ab auch für die Kreis-Verwaltung das Etat für die Ausführung neuer Befestigungsarbeiten auf den sogenannten Höhen von Djé-Hanghir be-

schlossen. Das hiezu notwendige Material und die erforderlichen Genie-Offiziere zur Leitung der entsprechenden Arbeiten sind bereits dahin abgegangen, die Arbeiten sind in vollem Zuge in Gang gesetzt.

\* Ueber die Verhandlungen des letzten hier stattgehabten Kreistages ist noch nachzuholen,

dass an Stelle des aus dem Kreisausschuss freiwillig ausgeschiedenen Hrn. Rittergutsbesitzer Heyer-Golchin Dr. Gutsbesitzer Carl Wessel-Stüblau zum Kreisausschusmitglied erwählt wurde, daß ferner bei Feststellung des Stats für 1877 beschlossen wurde, von 1878 ab auch für die Kreis-Verwaltung das Etat für die Ausführung neuer Befestigungsarbeiten auf den sogenannten Höhen von Djé-Hanghir be-

schlossen. Das hiezu notwendige Material und die erforderlichen Genie-Offiziere zur Leitung der entsprechenden Arbeiten sind bereits dahin abgegangen, die Arbeiten sind in vollem Zuge in Gang gesetzt.

\* Ueber die Verhandlungen des letzten hier stattgehabten Kreistages ist noch nachzuholen,

dass an Stelle des aus dem Kreisausschuss freiwillig ausgeschiedenen Hrn. Rittergutsbesitzer Heyer-Golchin Dr. Gutsbesitzer Carl Wessel-Stüblau zum Kreisausschusmitglied erwählt wurde, daß ferner bei Feststellung des Stats für 1877 beschlossen wurde, von 1878 ab auch für die Kreis-Verwaltung das Etat für die Ausführung neuer Befestigungsarbeiten auf den sogenannten Höhen von Djé-Hanghir be-

schlossen. Das hiezu notwendige Material und die erforderlichen Genie-Offiziere zur Leitung der entsprechenden Arbeiten sind bereits dahin abgegangen, die Arbeiten sind in vollem Zuge in Gang gesetzt.

\* Ueber die Verhandlungen des letzten hier stattgehabten Kreistages ist noch nachzuholen,

dass an Stelle des aus dem Kreisausschuss freiwillig ausgeschiedenen Hrn. Rittergutsbesitzer Heyer-Golchin Dr. Gutsbesitzer Carl Wessel-Stüblau zum Kreisausschusmitglied erwählt wurde, daß ferner bei Feststellung des Stats für 1877 beschlossen wurde, von 1878 ab auch für die Kreis-Verwaltung das Etat für die Ausführung neuer Befestigungsarbeiten auf den sogenannten Höhen von Djé-Hanghir be-

schlossen. Das hiezu notwendige Material und die erforderlichen Genie-Offiziere zur Leitung der entsprechenden Arbeiten sind bereits dahin abgegangen, die Arbeiten sind in vollem Zuge in Gang gesetzt.

\* Ueber die Verhandlungen des letzten hier stattgehabten Kreistages ist noch nachzuholen,

dass an Stelle des aus dem Kreisausschuss freiwillig ausgeschiedenen Hrn. Rittergutsbesitzer Heyer-Golchin Dr. Gutsbesitzer Carl Wessel-Stüblau zum Kreisausschusmitglied erwählt wurde, daß ferner bei Feststellung des Stats für 1877 beschlossen wurde, von 1878 ab auch für die Kreis-Verwaltung das Etat für die Ausführung neuer Befestigungsarbeiten auf den sogenannten Höhen von Djé-Hanghir be-

schlossen. Das hiezu notwendige Material und die erforderlichen Genie-Offiziere zur Leitung der entsprechenden Arbeiten sind bereits dahin abgegangen, die Arbeiten sind in vollem Zuge in Gang gesetzt.

\* Ueber die Verhandlungen des letzten hier stattgehabten Kreistages ist noch nachzuholen,

dass an Stelle des aus dem Kreisausschuss freiwillig ausgeschiedenen Hrn. Rittergutsbesitzer Heyer-Golchin Dr. Gutsbesitzer Carl Wessel-Stüblau zum Kreisausschusmitglied erwählt wurde, daß ferner bei Feststellung des Stats für 1877 beschlossen wurde, von 1878 ab auch für die Kreis-Verwaltung das Etat für die Ausführung neuer Befestigungsarbeiten auf den sogenannten Höhen von Djé-Hanghir be-

schlossen. Das hiezu notwendige Material und die erforderlichen Genie-Offiziere zur Leitung der entsprechenden Arbeiten sind bereits dahin abgegangen, die Arbeiten sind in vollem Zuge in Gang gesetzt.

\* Ueber die Verhandlungen des letzten hier stattgehabten Kreistages ist noch nachzuholen,

dass an Stelle des aus dem Kreisausschuss freiwillig ausgeschiedenen Hrn. Rittergutsbesitzer Heyer-Golchin Dr. Gutsbesitzer Carl Wessel-Stüblau zum Kreisausschusmitglied erwählt wurde, daß ferner bei Feststellung des Stats für 1877 beschlossen wurde, von 1878 ab auch für die Kreis-Verwaltung das Etat für die Ausführung neuer Befestigungsarbeiten auf den sogenannten Höhen von Djé-Hanghir be-

schlossen. Das hiezu notwendige Material und die erforderlichen Genie-Offiziere zur Leitung der entsprechenden Arbeiten sind bereits dahin abgegangen, die Arbeiten sind in vollem Zuge in Gang gesetzt.

\* Ueber die Verhandlungen des letzten hier stattgehabten Kreistages ist noch nachzuholen,

dass an Stelle des aus dem Kreisausschuss freiwillig ausgeschiedenen Hrn. Rittergutsbesitzer Heyer-Golchin Dr. Gutsbesitzer Carl Wessel-Stüblau zum Kreisausschusmitglied erwählt wurde, daß ferner bei Feststellung des Stats für 1877 beschlossen wurde, von 1878 ab auch für die Kreis-Verwaltung das Etat für die Ausführung neuer Befestigungsarbeiten auf den sogenannten Höhen von Djé-Hanghir be-

schlossen. Das hiezu notwendige Material und die erforderlichen Genie-Offiziere zur Leitung der entsprechenden Arbeiten sind bereits dahin abgegangen, die Arbeiten sind in vollem Zuge in Gang gesetzt.

\* Ueber die Verhandlungen des letzten hier stattgehabten Kreistages ist noch nachzuholen,

dass an Stelle des aus dem Kreisausschuss freiwillig ausgeschiedenen Hrn. Rittergutsbesitzer Heyer-Golchin Dr. Gutsbesitzer Carl

